

**Jahresbericht Mosambik 2019**

Bereits seit Oktober 2017 führt eine lokale Extremistengruppe, die als „Al-Shabab“ bekannt ist, in der Provinz Cabo Delgado brutale Angriffe gegen Zivilist*innen durch, mindestens 200 Menschen wurden bereits getötet und Tausende haben ihre Häuser aus Angst vor Angriffen verlassen. Inzwischen herrscht eine starke militärische Präsenz in den betroffenen Gebieten.

Am 5. März 2019 [machte Amnesty International auf die Situation des inhaftierten Journalisten Amade Abubacar aufmerksam](#). Amade Abubacar war am 5. Januar 2019 verhaftet worden, nachdem er die Angriffe in der Provinz Cabo Delgado dokumentiert und Interviews mit betroffenen Zivilist*innen geführt hatte. Amade Abubacar befindet sich im Mizeze Correctional Center im Bezirk Pemba in der Provinz Cabo Delgado in Haft. Am 25. Januar 2019 hatten Vertreter*innen der mosambikanischen Anwaltskammer ihn zusammen mit seinem Anwalt im Gefängnis besucht. Abubacar berichtete, dass er auf verschiedene Arten körperlich misshandelt werde, darüber hinaus werde ihm Essen verweigert. Besuche von der Familie seien nicht zugelassen. Amnesty International ist der Ansicht, dass dies eine grausame, unmenschliche oder erniedrigende Behandlung oder Bestrafung oder sogar Folter darstellt und forderte seine sofortige und bedingungslose Freilassung. Die Vorwürfe müssten untersucht werden, und alle Personen, die der strafrechtlichen Verantwortlichkeit verdächtig werden, müssten zur Rechenschaft gezogen werden. Amade Abubacar müsse entweder einer Straftat beschuldigt oder aber sofort und bedingungslos freigelassen werden, um seine Arbeit ohne Angst vor Repressalien fortsetzen zu können. [Amnesty International wiederholte diese Forderungen am 5. April 2019](#). [38 Menschenrechtsorganisationen schlossen sich den Forderungen an](#).

Am 23. April 2019 entschied das Provinzgericht von Cabo Delgado, Amade Abubacar vorläufig aus der Haft zu entlassen. Er steht jedoch nach wie vor wegen "öffentlicher Anstiftung zu Straftaten mithilfe von elektronischen Medien", "Aufwiegelung" und "Gewalt gegen Ordnungskräfte" unter Anklage. [Amnesty International rief dazu auf, Briefe an den Justizminister zu schreiben und ihn aufzufordern, alle Anklagepunkte gegen den Journalisten fallen zu lassen](#).

Am 15. Oktober 2019 fanden in Mosambik Wahlen statt. Im Vorfeld veröffentlichte Amnesty International ein Briefing mit dem Titel: [Turn the page! A human rights manifesto for Mozambican political parties and their candidates](#). Darin aufgeführt sind unter anderem dutzende Fälle von Aktivist*innen und Journalist*innen, die auf Grund ihrer Arbeit Einschüchterungen und Misshandlungen ausgesetzt waren und sind. Genannt wird etwa der Fall des Südafrikaners Andre Hanekom, der im August 2018 in der Provinz Cabo Delgado von bewaffneten Männern angeschossen und entführt worden war. Er wurde anschließend von staatlichen Sicherheitskräften festgehalten. Ein Richter entschied, dass die Inhaftierung illegal sei und dass Hanekom gegen eine Kaution freigelassen werden müsste, dies geschah jedoch nicht. Berichten zufolge wurde Hanekom gefoltert und misshandelt, er starb im Januar 2019 im Krankenhaus in Pemba.

Im Zusammenhang mit der Wahl am 15. Oktober 2019 wurden 18 Wahlhelfer*innen festgenommen und inhaftiert. Nach einem Monat in überfüllten Zellen im Gefängnis in der Provinz Guijá wurden sie am 17. November 2019 in ein anderes Gefängnis in der Provinz Xai-Xai etwa 150 km entfernt

verbracht, ohne dass Anwäl*innen oder Familienangehörige darüber informiert wurden. [Amnesty International äußerte große Sorgen im Hinblick auf die Sicherheit der Wahlhelfer*innen.](#) Die Verlegung in ein entferntes Gefängnis sei eine alarmierende Entwicklung und scheine ein bewusster Versuch der Behörden zu sein, Einzelheiten über die Behandlung der Inhaftierten zu verschleiern. Sie seien nun noch stärker von ihren Familien und Anwäl*innen isoliert. Amnesty International forderte die mosambikanischen Behörden auf, alle 18 Wahlbeobachter*innen unverzüglich und bedingungslos freizulassen.